

(Dr. Farthmann (SPD))

- (A) getan und 1978 als Höchstgrenze 850 mg festgesetzt hätte, gäbe es über Buschhaus überhaupt keine Diskussion. Das ist der einzige Punkt, um den es geht.

(Dr. Linssen (CDU): Jetzt kommen Sie mal zu den Stickoxiden!)

- 1978 wußten Sie, Herr Linssen, doch noch gar nicht, wie Stickoxide geschrieben wird! Ihr Zwischenruf ist doch geradezu grotesk!

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Dr. Linssen (CDU): Sie doch auch nicht!)

Die Stickoxide sind doch erst 1983 in die öffentliche Diskussion gekommen.

(Dr. Linssen (CDU): Vergleichen Sie jetzt mal!)

Entstickungsanlagen laufen bis heute in der Bundesrepublik noch nicht; es laufen erst sechs Versuchsstrecken. Fragen Sie doch Herrn Riemer! Dafür, daß Sie, Herr Linssen, der Sie sich für den energiepolitischen Sprecher ausgeben, mir das entgegenhalten, habe ich überhaupt kein Verständnis.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Ich will Ihnen noch ein Letztes sagen. Sie haben ausgeführt: Die Stickoxidbelastung steige dramatisch an.

- (B) (Dr. Linssen (CDU): Ja!)

Das ist richtig. Sie steigt in Ibbenbüren dramatisch an. Nur: Herr Linssen, wenn Sie sich hier als Fachmann ausgeben

(Jentsch (SPD): Er ist keiner!)

- na ja, wie er sich hier ausgibt, muß man den Eindruck haben, daß er sich für einen solchen hält -, müßten Sie wissen, daß wir mehr Stromkapazität haben, als Strom abgenommen wird und daß allein durch die Inbetriebnahme des Kraftwerks Ibbenbüren keine Kilowattstunde Strom mehr verbraucht wird.

(Ruppert (F.D.P.): Aber es gibt mehr Stickoxide!)

Das heißt im Klartext: Wenn Ibbenbüren nicht in Betrieb wäre, wären zur gleichen Zeit und im gleichen Umfang dafür andere Kraftwerke in Betrieb. Diese emittierten zugegebenermaßen - das werden Sie mir entgegenhalten - weniger Stickoxide,

(Dr. Linssen (CDU): Ja!)

weil sie wahrscheinlich mit Ballastkohle aus dem Ruhrgebiet befeuert würden - und nicht mit niederflüchtiger Kohle. Dafür hätten diese Kraftwerkskapazitäten aber um so mehr Schwefeldioxid emittiert, so daß unter dem Strich die Belastung für den Bürger quasi mindestens gleich wäre.

Das müssen Sie als energiepolitischer Sprecher wissen. Ich wehre mich dagegen, daß Sie die Öffentlichkeit in dieser Weise irreführen versuchen. Das ist keine verantwortliche Politik.

(Lebhafte Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Abg. Farthmann, ich verweise Sie auf die Redezeit.

Dr. Farthmann (SPD): Ich bleibe dabei: Ibbenbüren hat mit Buschhaus nichts zu tun. Wer das in einen Topf wirft, tut dies nur, um politisch Andersdenkende zu diffamieren. - Herzlichen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Meine Damen und Herren, damit ist die Reihe der Wortmeldungen abgeschlossen. Ich schließe die Aktuelle Stunde.

Ich rufe Punkt 2 der Tagesordnung auf:

Gesetz über das Amt eines Parlamentarischen Staatssekretärs für besondere Regierungsaufgaben im Lande Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 10/390  
erste Lesung

Der Gesetzentwurf der Landesregierung wird durch den Herrn Innenminister eingebraucht. Ich erteile ihm das Wort.

Dr. Schnoor, Innenminister: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Landesregierung legt Ihnen heute das Gesetz über das Amt eines Parlamentarischen Staatssekretärs für besondere Regierungsaufgaben im Lande Nordrhein-Westfalen vor. Damit löst die Landesregierung die Zusage des Herrn Ministerpräsidenten ein, der in seiner Regierungserklärung vor dem Landtag am 10. Juni 1985 angekündigt hat, er werde eine Parlamentarische Staatssekretärin für Frauenfragen berufen, um der Frauenpolitik der Landesregierung zusätzliches Gewicht zu geben.

(C)

(D)

(Minister Dr. Schnoor)

- (A) Mit dem Gesetzentwurf unterstreicht die Landesregierung erneut, daß sie das Gebot des Artikels 3 Abs. 2 des Grundgesetzes ernst nimmt, das die Gleichberechtigung von Männern und Frauen allen Verfassungsorganen und staatlichen Stellen verbindlich vorschreibt.

Mit der Schaffung einer zentralen Stelle für Frauenpolitik betritt die Landesregierung allerdings kein Neuland. Seit 1975 gibt es in Nordrhein-Westfalen die Institution einer Frauenbeauftragten. Nordrhein-Westfalen hat damit sehr frühzeitig - früher als andere Bundesländer - erkannt, daß die Verwirklichung der Gleichberechtigung von Männern und Frauen nur erreichbar ist, wenn angemessene organisatorische Voraussetzungen geschaffen werden.

Die Organisationsform, die die Landesregierung hierfür beschlossen hat, hält im Kreis der Bundesländer und des Bundes jedem Vergleich stand; und sie braucht auch den Vergleich mit dem europäischen Ausland, insbesondere mit den skandinavischen Ländern, mit Frankreich, Österreich und Großbritannien, nicht zu scheuen.

- (B) Nordrhein-Westfalen hat sich sehr beharrlich bemüht, die Gleichstellung von Männern und Frauen zu erreichen. So ist Nordrhein-Westfalen auch das erste Bundesland, in dem ein Netz von kommunalen Gleichstellungsstellen aufgebaut wird. Es ist deshalb nur konsequent, meine Damen und Herren, daß auch die organisatorischen Voraussetzungen für die Arbeit in der Landesregierung verbessert werden. Die Berufung einer Parlamentarischen Staatssekretärin ist dazu besonders geeignet, weil eine Frauenbeauftragte, die ein Landtagsmandat innehat und gleichzeitig in die Regierung eingebunden ist, am ehesten und am besten einerseits parlamentarische Initiativen aufgreifen und andererseits mit ihrer Arbeit in das Parlament hineinwirken kann.

(Beifall der Frau Abg. Rauterkus (SPD)  
- Hardt (CDU): Das war aber schwacher Beifall!)

- Die Frauen sind leider schwach im Parlament vertreten; deshalb war der Beifall so schwach, Herr Kollege. Vielleicht sollten sich die Männer auch der Frauenpolitik annehmen.

(Beifall bei der SPD)

Das Abgeordnetenmandat sichert ihr zusätzlich Unabhängigkeit und Durchsetzungskraft. Damit wird am besten für die Gleichstellung der Frauen gearbeitet. Der Gesetzentwurf läßt

offen, welchem Mitglied der Landesregierung die Parlamentarische Staatssekretärin zugeordnet werden soll. (C)

(Nagel (CDU): Matthiesen!)

- Wir sollten mit etwas mehr Ernst an die Sache herangehen!

Aus verfassungsrechtlichen Gründen muß diese Entscheidung allein dem Ministerpräsidenten vorbehalten bleiben.

(Hardt (CDU): Dann hätte er auch den Gesetzentwurf einbringen sollen!)

- Sie verstehen leider noch nichts von den Zuständigkeiten innerhalb einer Landesregierung. - Aus verfassungsrechtlichen Gründen muß diese Entscheidung allein dem Ministerpräsidenten vorbehalten bleiben; denn nach der Landesverfassung entscheidet der Ministerpräsident über die Zuordnung von Aufgaben.

(Zuruf von der CDU: Ach nee! - Nagel (CDU): Man merkt es nur so selten!)

Der Ministerpräsident beabsichtigt, das Amt des Parlamentarischen Staatssekretärs in der Staatskanzlei einzurichten. Mit Rücksicht auf die Bedeutung des Amtes und die in ihm wachzunehmenden Aufgaben sieht der Gesetzentwurf im einzelnen für die Amtsinhaberin eine Rechtsstellung vor, die weitgehend derjenigen der Mitglieder der Landesregierung nachgebildet ist. Die Aufgaben und Zuständigkeiten im einzelnen wird der Ministerpräsident nach Verabschiedung des Gesetzes in einem Erlaß regeln. (D)

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Frau Abg. Philipp für die Fraktion der CDU das Wort.

Frau Philipp (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist schon bemerkenswert, daß der Ministerpräsident bei der Wichtigkeit dieses Anliegens das Gesetz nicht selbst einbringt, aber das nur nebenbei.

(Zustimmung bei der CDU)

Die Landesregierung scheint überhaupt in Sachen Frauenpolitik etwas Nachholbedarf zu haben. Daß das so ist, ersehen Sie schon an der Bezeichnung dieses Gesetzes. Da heißt es nämlich, daß es sich um das Amt "eines Parlamentarischen Staatssekretärs" handelt. Hier hätte doch zumindest, da die Amtsinhaberin schon seit langem bekannt ist - für sie

(Frau Philipp (CDU))

- (A) ist ja auch diese Position geschaffen worden -, auch die weibliche Form gewählt werden müssen. Immerhin gibt es ja einen Runderlaß der Landesregierung, der dieses Verfahren zum Beispiel für Stellenausschreibungen ausdrücklich vorsieht. Aber auch das nur nebenbei!

(Zuruf des Abg. Büsow (SPD))

Es scheint, daß auch auf anderen Gebieten im übrigen die Landesregierung alles andere als lernfähig ist. Sie müssen doch aus Erfahrung wissen, daß Gesetze allein noch längst nichts bewirken: Ausgehend von Artikel 3 des Grundgesetzes über den Gleichbehandlungsgrundsatz im Beamtengesetz bis hin zum Frauenförderungskonzept dieser Landesregierung haben alle Gesetze und Verordnungen deutlich gezeigt, wie wenig sie bewirken, wenn nicht zugleich damit eine Bewußtseinsveränderung der Bevölkerung einhergeht.

(Zustimmung bei der CDU)

Ist man denn eigentlich, bevor man eine neue, hochdotierte Stelle schafft, bei der Landesregierung den Ursachen nachgegangen,

(Frau Friebe (SPD): Ja!)

warum beispielsweise die bereits unter Ministerpräsident Heinz Kühn wirkende Frauenbeauftragte Frau von Sell gescheitert ist? Hat man daraus Konsequenzen gezogen? Hat man untersucht, was die Leitstelle "Frauenpolitik" bewirkt hat oder, richtigerweise, gerade nicht bewirkt hat?

(B)

(Frau Friebe (SPD): Siehe Frauenbericht!)

Was hat man eigentlich seit Einrichtung dieser Leitstelle tatsächlich an Verbesserungen für die Frauen in diesem Lande erreicht?

(Frau Friebe (SPD): Das steht alles im Frauenbericht!)

Wie viele Frauen sind zum Beispiel seither in leitende - leitende! - Positionen der Landesverwaltung berufen worden? Daß wir gut Kaffee kochen können usw., das wissen wir ja schon seit langem. - Sehr erfolgreich kann diese Leitstelle jedenfalls nicht gearbeitet haben; denn in anderen Bundesländern ist der Anteil der Frauen in entsprechenden Positionen sehr viel höher

(Zustimmung bei der CDU)

als in unserem Land, in dem Sie ja immerhin seit 20 Jahren die Verantwortung tragen!

Heute legt uns nun die Landesregierung einen Gesetzentwurf vor, der die vielen erfolglosen Bemühungen in der Vergangenheit fortsetzt, dies aber äußerst kostenintensiv, ohne Konzept und ohne Kompetenzen. Wenn Frauenpolitik eine besondere Regierungsaufgabe sein soll, wie es hier im Gesetzentwurf steht, drängt sich doch die Frage auf, welche Bedeutung sie in dieser Regierung bisher hatte. Etwas Besonderes war sie nämlich eigentlich immer schon; denn die Herren Farthmann und Heinemann als Frauenbeauftragte - das ist ja wirklich etwas Besonderes.

(C)

(Zustimmung bei der CDU)

Selbst Sie, Herr Ministerpräsident, als Vorsitzender der SPD-Gleichstellungskommission scheinen ebenfalls besonders "erfolgreich" in dieser Position gewesen zu sein, macht doch gerade die Ausführung dieses Amtes durch Sie nun eine neue Frau in Nordrhein-Westfalen erforderlich.

Damit aber noch nicht genug: Diese Palette der mit Frauenfragen Beauftragten und Befähigten wird noch ergänzt durch die Kollegin Speth, die ja jüngst Vorsitzende des neu gegründeten Arbeitskreises "Frauenpolitik" Ihrer Landtagsfraktion geworden ist.

(Beifall bei der SPD)

Welch ein Glück, daß Sie mit diesem ungeheuren Aktionismus nicht nur der CDU nichts vormachen können, sondern trotz der vielen Frauenbeauftragten - die ja nun eigentlich schon darauf achten müssen, daß sie sich in der SPD nicht gegenseitig auf die Füße treten -

(D)

(Frau Friebe (SPD): Ach du lieber Gott!)

ist es immerhin auch so, daß Frauen in unserem Lande sich da nichts vormachen lassen. Befragt in "Hier und Heute" haben nämlich laut Redeprotokoll vom 26.11.1985 Bürgerinnen auf die Frage, was sie denn von der neuen Frauenbeauftragten hielten, folgendes geantwortet: "Herzlich wenig!", hat eine Bürgerin gesagt. "Ich finde, sie ist eine Propagandafigur ohne Kompetenz." Und: "Es nützt die beste Frau nichts, wenn die anderen nicht mitmachen!" - Gerade in Ihrer Partei, meine Damen und Herren von der SPD, scheint es mit dem Mitmachen besonders schwierig zu sein.

(Zustimmung des Abg. Elfring (CDU))

Herr Ministerpräsident, wir haben in der CDU im Gegensatz zu Ihnen von der SPD schon

(Frau Philipp (CDU))

- (A) längst erkannt, wie schwierig der Schritt von der Theorie zur Praxis gerade in der Frauenfrage ist und unsere Konsequenzen daraus gezogen. Bei uns macht nämlich, wie Sie leicht den Essener Beschlüssen entnehmen können, inzwischen die gesamte Bundespartei mit,

(Beifall bei der CDU - Frau Friebe (SPD): Warum denn?)

und das mit erheblichen, wirklichen Folgen und Beschlüssen, wie wir sie bereits in Bonn gefaßt haben.

(Beifall bei der CDU)

Bei uns stand der Essener Parteitag am Ende einer Diskussion, die Konrad Adenauer angefangen hat, als er in seiner ersten Regierungserklärung die Errichtung eines Frauenreferates gefordert hat.

Im Gegensatz zu uns scheinen Sie aber nun erst damit zu beginnen, die Frauen nach 20 Jahren Regierungsverantwortung in unserem Lande glauben zu machen, ihre besonderen Probleme, über die wir ja nicht streiten müssen, mit der Einrichtung nur einer herausgehobenen Planstelle lösen zu können.

Wie weit Sie wirklich noch von einer Lösung in Ihrer eigenen Partei entfernt sind, habe ich kürzlich gelesen. Da wird in einer Zeitung von "unverbindlichen, schwammigen Formulierungen" gesprochen; gemeint ist das Frauenförderungskonzept der Landesregierung.

(B)

Juristische Bedenken werden vom Personalrat geltend gemacht. Ich zitiere: "Dann steigen uns die Männer aufs Dach und das mit Recht." Ich zitiere weiter: "Vor diesem Hintergrund droht das Frauenförderungskonzept wegen fehlender Umsetzungsmöglichkeiten zu einem Flop zu werden." Alfred Gärtner, seines Zeichens Regierungsvizepräsident, hält die ganze Sache für künstlich hochstilisiert. Und sein Personalchef urteilt: An unserer Einstellungspraxis wird sich eigentlich gar nichts ändern.

Wissen Sie, Herr Ministerpräsident, wo diese ermunternden Bemerkungen stehen? - Im "Vorwärts", man höre und staune. Also schließe ich doch daraus, daß die Überzeugungsarbeit erst in Ihren eigenen Reihen anfangen muß.

(Beifall bei der CDU)

Nun aber zu einer sehr ernstesten Seite dieses Aktionismus, der recht durchsichtig ein Jahr vor der Bundestagswahl auf fast allen Ebenen

Ihrer Partei festzustellen ist, nämlich der finanziellen Seite. Der Herr Finanzminister hat formuliert und gefordert: Fußmärsche statt Höhenflüge. Aber sind es wirklich Fußmärsche, wenn ein betroffener Bürger - das sage ich nicht, weil ich es mir ausgedacht habe, sondern den Brief habe ich vorliegen - mir mitteilt, daß die Fachhochschule für öffentliche Verwaltung ihm seine Urkunde nicht zuschicken kann, weil, Herr Ministerpräsident, für 1985 kein Porto mehr vorhanden ist?

(C)

(Lachen bei der CDU)

Das sind keine Fußmärsche, das ist finanzpolitisches Robben, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der CDU)

Aber nicht genug damit! Dann hat dieser Bürger gemeint, er könne einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten, wenn er sagt: Dann schicken Sie mir die Urkunde unfrei zu. Dieses Angebot hat man nicht angenommen, sondern statt dessen die Urkunde mit diesem Umschlag zugeschickt. Er ist "000" gestempelt, ohne daß Nachporto erhoben wurde.

Vor diesem Hintergrund frage ich nicht, wie viele Frauen hier noch auf die Zusendung ihrer Urkunden warten müssen, weil kein Porto da ist. Ich frage auch nicht, ob ich demnächst auf meine Post an Sie eine Briefmarke malen darf. Ich frage vielmehr, wie Sie bei dieser Haushaltslage und den sich daraus ergebenden Konsequenzen für die soeben beschriebene Planstelle im Gesetzentwurf 170 000 DM und für die wohl noch folgenden zusätzlichen Planstellen - denn Frau Ridder sprach ja in der "Aktuellen Stunde" des WDR vom 25. Juni von sich als Kopf und einem entsprechenden Personalunterbau - mindestens 1 Million DM auszugeben bereit sind und das verantworten können, um damit einen wahrscheinlich ebenfalls untauglichen Versuch zu starten, jahrzehntelange Regierungsversäumnisse weiterhin durch eine Alibi-Frau zu verschleiern.

(D)

Die Schaffung dieser Stelle löst nur die Probleme einer Frau, nämlich die der Frau Ridder,

(Beifall bei der CDU)

nicht die von Millionen von Frauen, die inzwischen deutlich spüren, daß in Bonn etwas für sie getan wird und eben nicht in Düsseldorf.

(Beifall bei der CDU - Widerspruch bei der SPD)

(Frau Philipp (CDU))

- (A) wo eine weitere Alibi-Frau zunächst noch bei ihrer eigenen Partei um Unterstützung wird werben müssen. Daß dies so ist, zeigt der Vorstandsbeschluß der SPD-Landtagsfraktion, den ich der Presse entnommen habe, daß nicht einmal der von Frau Ridder erwartete Personalunterbau zugestanden werden soll. Also wird diese Staatssekretärin demnächst mit dem Personal arbeiten müssen - wenn das so bleibt, wie Ihr Vorstand beschlossen hat -, das bisher beim MAGS ist. Dann ist natürlich die Frage, wie bei diesen Voraussetzungen sich für die Frauen wirklich entscheidend etwas ändern würde.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, wir bitten um Beantwortung folgender Fragen im Ausschuß - der Überweisung stimmen wir natürlich zu -, bevor wir zur Beschlußfassung kommen können: Wir fragen erstens nach den Kompetenzen, zweitens, mit welchen Befugnissen die Parlamentarische Staatssekretärin ausgestattet werden soll, drittens, ob eine Änderung der Geschäftsordnung der Landesregierung, das heißt die Teilnahme an Kabinettsitzungen, vorgesehen ist, und viertens nach den effektiven Kosten inklusive der damit verbundenen Personalstellen.

Wir werden zustimmen, wenn für die Frauen wirklich etwas Konkretes und Positives dabei herauskommt, da die Frauen gerade im Lande Nordrhein-Westfalen erheblichen Nachholbedarf haben. Aber die Sache muß dann Hand und Fuß haben, meine Damen und Herren.

- (B) (Anhaltender Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile das Wort Frau Abg. Witteler-Koch für die Fraktion der F.D.P.

Frau Witteler-Koch (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, eigentlich bedauere ich es sehr, daß dieser Tag heute kein Freudentag für die Frauen werden kann.

(Frau Rauterkus (SPD): Warum denn nicht!)

- Das frage ich Sie auch. Wir werden sehen, wer bei Ihnen spricht.

Herr Ministerpräsident, dieser Gesetzentwurf, der heute hier eingebracht worden ist, setzt eigentlich die Kette dessen fort, was Sie in den letzten Wochen getan haben, nämlich wieder einmal eine Gruppe von Menschen mit netten, schönen Worten an der Nase herumzuführen, was letztlich nichts bringt. Das finde ich sehr, sehr schade.

Denn das Thema Frauenpolitik in Nordrhein-Westfalen, genauso wie in der Bundesrepublik, ist ein sehr wichtiges. Leider hat der Frauenbericht, der vor einigen Jahren vorgelegt worden ist, schon keine Wirkung gezeigt. Sie haben keine Konsequenzen daraus gezogen. Daher ist auch jetzt die Frage zu stellen, ob dieser Gesetzentwurf zu dem führt, was Sie sich vielleicht darunter vorstellen.

Sie sagten seinerzeit in Ihrer Regierungserklärung, daß Sie unverzüglich eine Staatssekretärin für Frauenfragen berufen wollten. Sie sagten aber auch, daß Sie erst nach Verabschiedung des Gesetzes den Namen der Person für dieses Amt bekanntgeben würden. Der Name war aber schon kurz nach Ihrer Regierungserklärung ein offenes Geheimnis.

Wir haben heute den 12. Dezember. Sechs Monate danach kommen Sie mit einem Gesetzentwurf. Aber, wie meine Vorrednerin schon sagte, nicht mit einem Gesetzentwurf "Parlamentarische Staatssekretärin", sondern "Parlamentarischer Staatssekretär". Das kann bedeuten, daß jederzeit für ein anderes Ministerium ein weiterer Parlamentarischer Staatssekretär berufen werden kann.

(Beifall bei der F.D.P.)

Konzepte, wie Ihre Frauenpolitik denn nun in Zukunft aussehen soll, fehlen.

(Zustimmung bei der CDU)

So heißt es dann vom Innenminister ganz lapidar: Da kommt ein Erlaß. Ja, was soll das denn? Dann doch bitte die Sachen auf den Tisch!!

Herr Ministerpräsident, was muß denn nun noch alles passieren, damit Sie anfangen, die Probleme dieses Landes, seiner Menschen und damit auch der Frauen wirklich kompetent zu lösen?

(Zuruf der Frau Abg. Rauterkus (SPD))

Sie haben hier im Hause eine Mehrheit von 52 %, meine liebe Kollegin, Herr Rau ist Regierungschef; aber worauf wartet er denn noch? Ich verstehe bei ihm manchmal die Welt nicht mehr.

(Weiterer Zuruf der Frau Abg. Rauterkus (SPD))

Fehlt es Ihnen und Ihrer Regierung an Kenntnissen in Sachen Frauenpolitik? Fehlt es an politischen Zielsetzungen oder einfach an der Bereitschaft und dem Willen, sich effektiv und

(C)

(D)

(Frau Witteler-Koch (F.D.P.))

- (A)** nachhaltig um die besonderen Probleme von Frauen zu kümmern?

Wenn ich mir zum Beispiel Ihre letzte Aktion zum Thema Frauenförderung anschau - ich meine da die Berufung der Staatssekretärin Dörrhöfer-Tucholski in das Ministerium für Bundesangelegenheiten -, muß ich leider sagen, daß ich einen wahren Dilettantismus entdeckte. Eine über Monate hingeschleppte Diskussion in den Medien über das Wenn und Aber, offensichtliche Differenzen, um nicht zu sagen: Macht- und Interessenkonflikte im Kabinett um diese Besetzung, in den Ressorts um diese Besetzung, Vorwürfe des Bundes der Steuerzahler, das Ministerium für Bundesangelegenheiten könne bequem von einem Minister ohne Staatssekretär geführt werden - alles das galt nicht, auch wenn man sich sagen lassen muß, daß andere Länder überhaupt keinen Minister entsenden. Das sind Dinge, die wir hier auch berücksichtigen müssen.

Herr Ministerpräsident, ich frage Sie wieder ganz konkret: Wenn das eine Kostprobe Ihrer Regierungskraft bei einer ganz einfachen Personalentscheidung zugunsten einer Person, die sogar als Ihre Vertraute bezeichnet wird, ist, dann frage ich mich: Wie werden Sie in wirklich kritischen Situationen regieren und reagieren?

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

- (B)** Herr Ministerpräsident, Nordrhein-Westfalen hat es nicht verdient, so miserabel regiert zu werden.

(Erneuter Beifall bei F.D.P. und CDU - Zurufe von der SPD)

Ziel der heute von uns zu beratenden Gesetzesvorlage ist nach Ihren Worten, der Frauenpolitik in Nordrhein-Westfalen besonderes Gewicht zu geben. Ich frage mich nur: Wo wollen Sie eigentlich besonderes Gewicht geben? Wenn Sie das wirklich mit voller Überzeugung tun wollten, dann brauchten wir dazu keine Parlamentarische Staatssekretärin, sondern eine fähige Frau oder einen fähigen Mann, die dieses Amt übernehmen könnten.

(Zuruf der Frau Abg. Rauterkus (SPD))

Mit entsprechenden Kompetenzen wäre hier sicherlich eine Menge zu machen. Nur, wie gesagt, Herr Schnoor erzählt: Da kommt irgendwann ein Erlaß.

Herr Ministerpräsident, man merkt leider die Absicht und ist verstimmt. Ihnen kommt es

nicht auf die Umsetzung der Frauenpolitik an. **(C)** Denn bezeichnenderweise enthält ja auch schon die Regierungserklärung wenig Konkretes - um nicht zu sagen: gar nichts Konkretes - über die Ziele Ihrer Politik. Es wird hier wieder ein Apparat aufgebläht, die Arbeit in den Ministerien soll damit wieder verbessert werden und eventuell auch die Parteiarbeit gemacht werden. Also: Eine personelle Aufblähungspolitik, die voll auf der Linie liegt, wie sie in den letzten Wochen hier besprochen worden ist. Sie wissen genau, daß der vorliegende Gesetzentwurf nichts mit Frauenpolitik zu tun hat. Er ist - um es noch einmal nachdrücklich zu wiederholen - der Versuch, in Zukunft die Möglichkeit zu haben, weitere Parlamentarische Staatssekretäre einzuführen.

Was uns fehlt - gerichtet an die Landesregierung -, sind klare und ausformulierte Ziele, was Sie sich unter Frauenpolitik vorstellen.

(Zuruf der Frau Abg. Rauterkus (SPD))

Der Frauenbericht, der seinerzeit vorgestellt wurde, mit alten Zahlen - meine lieben Kolleginnen, Sie sollten sich diesen vielleicht noch einmal en detail zu Gemüte führen -, sagt überhaupt nichts darüber aus, wie es weitergehen soll. Es sind keinerlei Konsequenzen gezogen worden. Die Vorbilder der anderen Länder könnten ja auch einmal berücksichtigt werden, so auch der SPÖ aus Österreich etc.

(Zustimmung bei der CDU)

**(D)** Ich sehe aber an Ihrem Grad der Aufmerksamkeit, daß dieses Thema Sie selbst nicht sehr zu interessieren scheint.

(Zurufe von der SPD)

Kommen wir auf das Thema neue Technologien! Das ist ein wichtiger Bereich für Frauen, ein sehr wichtiger Bereich, der die Frauen zum einen positiv betrifft, weil die neuen Technologien mehr Flexibilität zur besseren Vereinbarung von Familie und Erwerbsarbeit und auch neue hochqualifizierte Arbeitsplätze bringen.

(Zurufe von der SPD)

Negativ betreffen sie Frauen - das sei gern zugegeben - durch den Wegfall typischer Frauenarbeitsplätze und auch durch die Gefahr der Beschränkung auf einen kleinen, eingeschränkten Lebensbereich im Hause. Aber unserer Meinung nach müssen die Chancen der neuen Technologien genutzt werden. Es ist die Aufgabe des einzelnen, das Risiko zu mindern, aber die Aufgabe des Staates,

(Frau Witteler-Koch (F.D.P.))

- (A) hier die Rahmenbedingungen entsprechend zu setzen. Da reicht es dann nicht aus, daß die SPD laufend von sozialer Abfederung spricht.

Wir haben als F.D.P. schon vor einigen Jahren zu diesen Bereichen verschiedene Forderungen festgelegt. Wir haben eine Menge daraus erreicht.

(Zurufe von der SPD: Was denn? - Lachen bei der SPD)

Wir haben im Eherecht, im Familienrecht, im Namensrecht - -

(Fortgesetzte Zurufe und Lachen bei der SPD)

- Ich gebe Ihnen gern Einzelunterricht, wenn Sie das möchten

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

- das machen wir dann nach dieser Sitzung -, damit Sie genau wissen, was sich in Bonn getan hat. Polemik und diese Dinge helfen doch nicht weiter, meine Damen und Herren.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Zurufe von der SPD)

Kommen wir doch bitte zu konkreten Ansätzen dessen, was sich hier wirklich getan hat.

- (B) Nehmen Sie doch das Pilotprojekt in Nordrhein-Westfalen: "Gleiche Chancen für Mädchen und Jungen", nehmen Sie doch das Projekt der Mädchen in Männerberufen! Was hat es denn gebracht? Natürlich: Ausbildungsplätze sind geschaffen worden; aber was ist denn mit der Weiterbeschäftigung? Tun Sie also bitte nicht so, als ob diese Heileheile-Gänschen-Methode von Herrn Ministerpräsident Rau

(Zurufe von der SPD)

für alle Bereiche zutreffen würde. Diese Sonny-Boy-Mentalität, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, kann doch so nicht weitergehen.

(Zustimmung bei der CDU)

Unsere Aufgabe ist es, insbesondere für die Frauen Möglichkeiten zu schaffen, ihr Leben frei und nach dem eigenen Gusto einzurichten, das heißt also, den Familien ihre Aufgaben zu erleichtern, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu fördern und auch den Zugang von Frauen in das öffentliche Leben zu verbessern.

(Unruhe)

- (C) Da brauchen wir uns doch nur umzusehen: Wieviele Frauen sind denn in der SPD-Fraktion hier? Wieviele weibliche Minister haben wir denn? Einen einzigen Alibi-Minister! Was soll das denn?

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Lachen und Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, weiter zum Nachhilfeunterricht! Ist Ihnen eigentlich bekannt, daß 25 % aller Frauen immer berufstätig und weitere 50 % aller Frauen mit Unterbrechung berufstätig sein wollen?

(Zurufe von der SPD)

Je jünger und besser ausgebildet diese Frauen sind, desto größer wird der Anteil derjenigen, die berufstätig sein wollen. Das sind keine Zahlen einer privilegierten Schicht oder der F.D.P.-Frauen, sondern das sind Zahlen, die hier insgesamt neutral erhoben worden sind.

(Zuruf der Frau Abg. Rauterkus (SPD))

Meine Damen und Herren, Sie haben anhand Ihrer Zwischenrufe gezeigt, wie wenig sicher Sie sich doch sind, daß dieses Gesetz genau das ist, was die Frauen in Nordrhein-Westfalen brauchen.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Widerspruch bei der SPD)

- (D) Sie sind es doch, die bei verschiedenen Projekten nachher mit einer wunderbaren Hochglanzbroschüre kommen und dem Bürger dann zu suggerieren versuchen, wie heil doch die Welt hier in diesem Lande, das von der SPD mehrheitlich regiert wird, aussieht. So kann es doch nicht weitergehen, meine Damen und Herren.

(Lachen des Abg. Aigner (SPD))

Nehmen wir einmal ein anderes Beispiel, um das Ganze noch zu untermauern: die miserable Kindergartenpolitik. Da hat die SPD schon vor einiger Zeit den Eltern versprochen, daß sie keine Kindergartenbeiträge zu zahlen haben. Wie sieht es jetzt aus? Das Geld, das zur Verfügung gestellt wird, wird auch noch so verwendet, daß die Kindergärten nicht frei operieren können. Es gibt keine flexiblen Kindergartenöffnungszeiten. Die Mütter, die arbeiten gehen müssen, sind nicht in der Lage, ihre Kinder an diesen Kindergärten zu bringen, weil sie eher anfangen oder später noch arbeiten müssen usw. usw.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Widerspruch bei der SPD)

(Frau Witteler-Koch (F.D.P.))

- (A) Meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion! Ihr Rollenverständnis ist für mich einfach letztendlich noch konservativer als das der Christlich-Demokratischen Union, die es aber wenigstens zugibt.

(Nagel (CDU): Unseres ist gut. - Heiterkeit bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, Sie sind Regierungschef eines der größten Bundesländer. Sie haben eine satte Mehrheit aller Mandate hinter sich.

(Tschöeltsch (F.D.P.): Vor allem eine satte Mehrheit.)

Eine satte Mehrheit. Dieses Wort muß man sich hier auf der Zunge zergehen lassen. Sie haben eine satte Mehrheit aller Mandate hinter sich. Tausende von Beratern stehen also hinter der Regierung. Ich frage mich nur: Ist dieses heute zur Beratung anstehende Gesetz das Ergebnis sozialdemokratischer Kompetenz? Ich brauche nicht zu betonen, daß Liberale noch nie angenommen haben, Quantität habe etwas mit Qualität zu tun. Aber man muß wohl Sozialdemokrat sein, um die unglaubliche Diskrepanz zwischen Anspruch der Regierung und Wirklichkeit ertragen zu können.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Sie produzieren Worte statt Taten, Sie schaffen Stellen, statt Kompetenzen einzuräumen, und Sie hantieren mit Symbolen, anstatt Fakten zu schaffen. Herr Ministerpräsident, was hindert Sie eigentlich daran, Politik zu machen?

(B)

(Lachen bei der SPD)

Wegen dieser völlig verfehlten Frauenpolitik wird die F.D.P.-Fraktion diese Gesetzesvorlage ablehnen. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Abg. Dr. Rohde (F.D.P.) umarmt spontan die an ihren Platz zurückkehrende Rednerin. - Schallende Heiterkeit)

Frau Vizepräsident Friebe: Meine Damen und Herren, aber bitte, man muß auch jünne könne, sagt man doch im Rheinland.

(Heiterkeit)

Das Wort hat jetzt Frau Abg. Speth von der Fraktion der SPD. Ich erteile es ihr.

Frau Speth (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zunächst ein paar Vorbemerkungen, die sich aus den Wortbeiträgen meiner Vorrednerinnen ergeben haben.

(C)

Für mich war das bis eben ein Freudentag.

(Frau Abg. Philipp (CDU): Was war das?)

- Das war bis eben für mich ein Freudentag. Ich wiederhole das noch einmal.

(Beifall bei der SPD)

Ich wiederhole es deshalb, weil wir als SPD-Fraktion stolz darauf sind, demnächst eine Parlamentarische Staatssekretärin für Frauenfragen zu bekommen.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der CDU)

Ich bin erst bei den Vorbemerkungen. Zum Inhaltlichen komme ich ja gleich.

(Frau Philipp (CDU): Das ist auch nötig.)

Ich bin wirklich sehr bedrückt darüber, daß beide Vorrednerinnen zu der inhaltlichen Frauenpolitik dieses Landes überhaupt keine Position bezogen haben.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch bei CDU und F.D.P.)

(D)

Wenn Sie, Frau Philipp, sagen, daß Sie das nicht können - ich entnehme das dem Zuruf -, dann werde ich gleich auf diesen Punkt, was wir inhaltlich in diesem Land geleistet haben, zurückkommen. Das kann ich aber nicht in zwei Sätzen; das dauert ein bißchen länger.

Frau Witteler-Koch, ich weiß gar nicht, was wir eigentlich tun sollen. Wenn wir einen Gesetzentwurf schnell durchbringen, dann ist er unüberlegt. Wenn wir dafür ein bißchen Zeit brauchen, weil wir nämlich mit kluger Überlegung an die Sache herangehen, dann kriegen wir das hier auch um die Ohren gehauen.

(Frau Philipp (CDU): Geht doch beides zusammen.)

Ich will auf diese Beiträge gleich noch einmal zurückkommen, weil sie auch in meine Rede passen.

Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. Männer und Frauen sind gleichberechtigt - Artikel 3 des Grundgesetzes. Für diese Formulierung hat sich vor allem Elisabeth Selbert,



(Frau Speth (SPD))

- (A) Sozialdemokratin, damals im Parlamentarischen Rat eingesetzt. Gegen die volle, uneingeschränkte Gleichberechtigung leisteten aber auch damals CDU- und F.D.P.-Fraktion heftigen Widerstand.

(Beifall bei der SPD)

Erst durch die Mobilisierung der Frauen aus den Gewerkschaften und durch die Öffentlichkeit ist es gelungen, diese Fassung durchzusetzen.

(Erneuter Beifall bei der SPD)

Heute, viele, viele Jahre danach, sind wir aber noch weit entfernt davon, die Verfassungswirklichkeit auch real umzusetzen. Nach wie vor sind wir Frauen in allen Lebensbereichen benachteiligt. Um es deutlich zu machen: Benachteiligungen unserer Gesellschaft trifft viele Gruppen: Jugendliche, Arbeitslose, Ausländer und Ausländerinnen, ältere Menschen, Behinderte. Aber diese Benachteiligung betrifft zunächst grundsätzlich Männer und Frauen. Dennoch, und das ist entscheidend: Noch ist es so, daß in jeder der genannten Gruppen jeweils die Frauen ganz besonders benachteiligt sind.

(Beifall bei der SPD)

Die Benachteiligung eben dieser Gruppen und damit auch der Frauen zeigt ihre besondere Schärfe vor dem Hintergrund der hohen Arbeitslosigkeit. Und dies, obwohl die Infas-Studie vom Mai 1985 eine drastische Veränderung im traditionellen Rollenbild von Frauen verzeichnet.

(B)

Nach der heutigen Vorstellung von Frauen gehört der Beruf selbstverständlich mit zur Lebensplanung von Frauen. Die Infas-Studie belegt eindrucksvoll, daß nur eine Minderheit von Frauen heute eine lebenslange Berufstätigkeit grundsätzlich ablehnt. Das Bild der Hausfrau und Mutter ist weitgehend passé.

(Frau Philipp (CDU): Das ist alles bekannt; sagen Sie einmal, was Sie ändern wollen!)

- Ich komme gleich dazu, Frau Philipp; seien Sie doch einmal nicht so ungeduldig.

(Frau Philipp (CDU): Das wissen wir doch alles!)

In Nordrhein-Westfalen vertritt nur jede vierte Frau die Position,

(Frau Philipp (CDU): Das wissen wir alles!)

daß Beruf und Mutterrolle nicht zusammenpassen. Frauen wollen berufstätig sein, aber sie wollen auch auf die eigene Familie nicht verzichten.

(C)

(Zustimmung des Abg. Grevener (SPD))

In einer Zeit, in der wir die bestausgebildete Frauengeneration nach dem Kriege haben, stellen wir fest:

Erstens: Zwei Drittel aller Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz sind Mädchen, obwohl sie längst, was ihre schulische Ausbildung angeht, den Jungen mindestens gleichzuordnen sind.

Zweitens: Die Arbeitslosigkeit gerade der jungen Frauen ist besonders hoch.

Drittens: Die Studienanfängerinnenzahlen gehen deutlich zurück. Hat das etwas mit BAföG zu tun? Ich meine ja.

Viertens: Alleinerziehende, arbeitslose und ältere Frauen leben zum Teil in finanziell unwürdigen Verhältnissen.

Fünftens: Die Aufstiegschancen für Frauen sind trotz hoher Qualifikation in allen Bereichen schlecht. Die Repräsentanz von Frauen in Gewerkschaften, Parteien, Mandaten und Funktionen liegt weit unter ihrem Anteil an der Bevölkerung.

(Frau Philipp (CDU): Sagen Sie doch, wie Sie es ändern wollen.)

(D)

- Ich komme gleich dazu. - Das bedeutet, weil eine Veränderung der Gesellschaft etwas mit Veränderung des Bewußtseins zu tun hat - da stimme ich Ihnen ja zu, Frau Philipp; und dieses dauert bekanntlich lange, das wissen Sie ebensogut wie ich, denn dies ist ein Generationenproblem -, läßt sich das eben alles nicht so schnell ändern. Wir von der SPD-Fraktion wissen sehr wohl, wovon wir reden. Das wissen auch die Frauen.

Nun ist es ja nicht so, als hätten wir überhaupt noch nichts getan. Diesen Vorwurf weisen wir aufs schärfste zurück.

(Beifall bei der SPD)

Das Land Nordrhein-Westfalen hat eine Menge auf den Weg gebracht.

(Elfring (CDU): Ja?)

Der Innenminister hat soeben schon auf die Frauenbeauftragte bereits 1975 hingewiesen,

(Frau Philipp (CDU): Beauftragte haben wir ja genug!)

(Frau Speth (SPD))

- (A) später die Leitstelle für Frauen. Die Einschätzungen über die Wirksamkeit dieser Stelle - habe ich heute festgestellt - mögen durchaus unterschiedlich sein.

(Frau Philipp (CDU): Ja!)

Nur müßte man dann natürlich überlegen, was man denn besser machen kann.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Erster Punkt: Das sollte man auch gemeinsam tun und sich nicht hier etwas um die Ohren hauen.

Zweiter Punkt: Eines ist für mich ganz sicher - ich denke, auch für alle Kolleginnen und Kollegen der Fraktion -, ohne diese Stelle hätte sich in diesem Lande überhaupt nichts bewegt.

(Beifall bei der SPD - Lachen bei der CDU)

Ich meine auch, Sie sollten nicht so tun, als hätte es einen Frauenbericht überhaupt nicht gegeben. Da können Sie alles nachlesen, erstens, was geschehen ist, und zweitens, was noch zu tun ist.

(Erneuter Beifall bei der SPD - Zuruf der Frau Abg. Thomann-Stahl (F.D.P.))

- (B) Glauben Sie mir auch, daß die Frauen, die in dieser Stelle gearbeitet haben, es nicht immer so leicht gehabt haben, sich da durchzusetzen in diesen Strukturen, in diesen Hierarchien. Das war schon schwer. Doch was sie vorzuzeigen haben, ist eine ganze Menge. Daraus ist übrigens letztlich die Entschließung aus der letzten Legislaturperiode entstanden, die die SPD-Fraktion auf den Weg gebracht hat.

(Zustimmung bei der SPD)

Dritter Punkt: Die Gemeindeordnung ist geändert worden. Auch darauf hat der Innenminister schon hingewiesen. Ich will es aber noch einmal sagen. Da entsteht ein Netz von kommunalen Gleichstellungsstellen vor Ort.

(Frau Philipp (CDU): Ohne Kompetenz!)

Genau da muß die Frauenarbeit in erster Linie umgesetzt werden.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie jetzt den Kompetenzmangel beklagen, dann fragen Sie sich doch einmal, in wie vielen Gemeinden und Kreisen genau Ihre

Fraktion verhindert hat, daß so eine Stelle überhaupt eingerichtet wird. (C)

(Erneuter Beifall bei der SPD - Frau Philipp (CDU): In Iserlohn ist das abgelehnt worden; da haben Sie die Mehrheit! - Gegenrufe von der SPD)

Vor Ort, Frau Philipp, arbeiten diese kommunalen Frauenbüros mit den und für die Frauen, die dort leben, um ihre Probleme aufzunehmen und ihnen, wenn irgend möglich, zu helfen. Wenn das alles noch nicht so klappt - so lange haben wir die Stellen bis auf zwei ja auch noch nicht.

Frauenförderpläne im öffentlichen Dienst sind entstanden. Nun beklagen Sie schon, daß die nicht umgesetzt worden sind. Du liebe Güte, die sind doch gerade erst im letzten Jahr verabschiedet worden! Warten wir doch einmal ab, ob sie etwas bringen, bevor wir sie von vornherein zum Scheitern verurteilen. Das halte ich nicht für redlich.

(Beifall bei der SPD)

Aber was Frauenförderpläne anbelangt, muß sicher noch viel geschehen. Gerade in dem betrieblichen Bereich müssen wir etwas tun. Wenn wir nicht versuchen, da neue Initiativen zu setzen, damit auch diese Arbeitnehmerinnen gefördert werden, dann machen wir Politik an gerade diesen Frauen vorbei.

(Schauerte (CDU): Lach doch mal!)

- Das Lachen ist mir leider eben bei Ihren Wortbeiträgen vergangen. (D)

(Beifall bei der SPD)

Mädchen in gewerblich-technischen Berufen, auch das ist eine Leistung dieser Landesregierung, ein Ansatz, der weiterverfolgt werden muß vor dem Hintergrund gerade des technologischen Wandels. Wenn wir es nicht schaffen, den Mädchen deutlich zu machen, daß sie eben nicht ihre Berufsausbildung auf ganz bestimmte Bereiche konzentrieren, sondern wenn wir es schaffen können, dort einen Wandel der Berufsfelder gerade für Mädchen herbeizuführen, dann sind wir auch ein Stück dem Ziel nähergekommen, jungen Frauen Arbeitsplätze zu sichern.

(Beifall bei der SPD)

Alle die Maßnahmen, die ich genannt habe - man könnte noch wesentlich mehr nennen, ich beschränke mich bewußt auf diese wenigen -, haben dazu beigetragen, daß sich - langsam zwar, das gestehe ich zu - etwas verändert bei Frauen und Männern.

(Frau Speth (SPD))

- (A) Mit der Veränderung der Rolle der Frau ist die Veränderung der Männerrolle verbunden. Dies gilt auch für den politischen Bereich. Daß das nicht ganz kampflos abgeht, ist uns allen klar. Wenn immer mehr Frauen in Berufe und Positionen drängen, dann werden sie zunehmend gefürchtete Konkurrentinnen. Das kostet die Männer den einen oder anderen Platz. Das ist dann manchmal auch schmerzhaft, aber unvermeidbar.

(Beifall bei der SPD)

Heute stehen wir vor dem nächsten Schritt. Der Gesetzentwurf sieht eine Parlamentarische Staatssekretärin für Frauenfragen vor. Mit diesem Gesetzentwurf steht die SPD-Fraktion in der Kontinuität ihrer Politik für Frauen.

(Beifall bei der SPD)

Der Ausgang der Landtagswahlen verpflichtet gerade Sozialdemokraten, sich verstärkt für Frauen einzusetzen, weil gerade jüngere Frauen in hohem Maße die SPD gewählt haben.

(Beifall bei der SPD)

Das haben sie sicher nicht von ungefähr getan; das darf man den Wählerinnen nicht vorwerfen. Aber es verpflichtet uns, es verpflichtet die SPD-Fraktion und die Landesregierung, sich ihrer Aufgabe bewußt zu werden und auch entsprechend zu handeln.

- (B) Noch etwas! Die Infas-Studie besagt, daß sich nur eine Minderheit, nur 16 % der Frauen, nicht für Politik interessiert. 65 % der Frauen würden es uneingeschränkt begrüßen, wenn mehr Frauen in der Politik mitwirkten. Und weil die SPD-Fraktion dies ernst nimmt, will sie das Amt dieser Parlamentarischen Staatssekretärin einführen.

(Zustimmung bei der SPD)

Ich bedaure es übrigens sehr, daß Sie heute hier im Parlament diese Frage personalisiert haben,

(Frau Philipp (CDU): Das habe ich nicht getan!)

weil ich meine, es geht heute und hier um den Gesetzentwurf.

Nun ist es ja nicht so, als hätten sich nicht auch die anderen Parteien der Frauenfragen angenommen.

(Schauerte (CDU): Richtig!)

(C) Die Bundesregierung hat gerade angekündigt, eine Richtlinie zur beruflichen Förderung von Frauen im öffentlichen Dienst vorzulegen. Sie soll im März 1986 verabschiedet werden, wie ich den Zeitungen entnommen habe. Darin steht unter anderem, Stellenausschreibungen seien so zu gestalten, daß Männer und Frauen wirklich gleichberechtigt angesprochen werden. Nun frage ich mich natürlich, ob das etwas Neues ist. Ich gebe Ihnen gleich die Antwort: Nein; denn es gibt schon eine gesetzliche Vorgabe, nämlich das arbeitsrechtliche EG-Anpassungsgesetz, das dies alles schon festlegt;

(Zustimmung bei der SPD)

es sei denn, Sie fordern, es müsse aus einer Kann- eine Muß-Bestimmung gemacht werden - dabei würde ich durchaus mitmachen -, aber das haben Sie nicht gesagt.

Weiterhin fordern Sie, bei Einstellungen sollten Frauen angemessen berücksichtigt werden. Das haben wir hier im Lande bereits in den Förderrichtlinien verwirklicht, und zwar in einer wesentlich schärferen Formulierung, als Ihre Bundesregierung sie vorsieht. Frau Martiny aus dem Bundestag hat gesagt: Das, was da steht, ist wolkig und unverbindlich. Ich sage: Wolkig ist es bestimmt, in manchen Dingen allerdings nicht so unverbindlich.

(Zustimmung bei der SPD)

(D) Auf Ihrem CDU-Parteitag in diesem Jahr in Essen

(Schauerte (CDU): Der war gut!)

haben Sie auch über die Benachteiligung der Frauen gesprochen.

(Frau Philipp (CDU): Das bestreiten wir auch nicht!)

Sie haben das sogar in den Mittelpunkt gestellt. Soeben haben Sie gesagt: Das stand am Ende einer Diskussion.

(Frau Philipp (CDU): Ja!)

Ich behaupte, daß dies recht plötzlich aus dem Boden gestampft wurde und erst der Anfang einer Diskussion war.

(Zustimmung bei der SPD - Widerspruch bei der CDU - Frau Philipp (CDU): Die Behauptung ist falsch! - Aigner (SPD): Das war ohnehin eine Schauveranstaltung!)

(Frau Speth (SPD))

- (A) Sie reden nach dem Parteitag von einer neuen Partnerschaft und tun alles, um die Ungleichbehandlung von Frauen zu verschärfen. Ich darf Sie an das sogenannte Beschäftigungsförderungsgesetz erinnern,

(Zustimmung bei der SPD)

pikanterweise zum 1. Mai dieses Jahres kurz nach dem CDU-Parteitag verabschiedet. Dieses Beschäftigungsförderungsgesetz drängt Frauen in sozial unverträgliche Arbeitsverhältnisse wie Job-Sharing und Abrufjobs.

(Schauerte (CDU): Unsinn! - Weitere Zurufe von der CDU)

Sie nennen das - jetzt komme ich einmal zum Sprachgebrauch, der auch soeben schon angeführt worden ist - "Flexibilisierung der Arbeitszeit".

(Schauerte (CDU): Sie weiß es nicht besser!)

Das klingt so, als bekämen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen ein Geschenk, ihre eigene Arbeitszeit flexibel zu gestalten. Dabei dient diese Flexibilität ausschließlich dem Arbeitgeber, um Arbeitnehmer, hier vornehmlich Frauen, für den Arbeitsmarkt verfügbar zu machen.

(Zustimmung bei der SPD - Widerspruch bei der CDU - Frau Thoben (CDU): Das Ganze ist Unsinn!)

(B)

Frau Vizepräsident Friebe: Frau Abg. Speth, obwohl Ihre Redezeit zu Ende ist, möchte ich Sie fragen, ob Sie eine Zwischenfrage von Frau Thoben gestatten.

(Frau Speth (SPD): Nein, ich gestatte keine Zwischenfrage!)

- Darf ich Sie dann bitten, zum Schluß zu kommen; Ihre Redezeit ist zu Ende.

Frau Speth (SPD): Ich komme zum Ende.

(Frau Philipp (CDU): Die Frauen wollen die Flexibilität!)

Ein paar Sätze zur F.D.P. Auch sie ist nicht untätig geblieben. Die F.D.P. hat sich gerade in einer jüngst angekündigten Initiative "Frauen fördern Frauen" überlegt, daß sie Frauen - nicht nur F.D.P.-Frauen; so viele haben Sie wahrscheinlich gar nicht - vor Ort mehr privat auf ehrenamtlicher Basis dazu heranziehen wollen, um Frauen zu beraten.

(Frau Robels (CDU): Von welchen Frauen reden Sie überhaupt? - Zuruf der Frau Abg. Witteler-Koch (F.D.P.))

Wir sind der Auffassung - damit komme ich zum Schluß -, daß sich das Problem der uneingelösten Gleichstellung überhaupt nicht individuell lösen läßt. Wir suchen eine politische Lösung, und ein Teil dieser Lösung ist die Parlamentarische Staatssekretärin, nicht als Bürokratie, sondern als inhaltliche Aufgabe begriffen im Austausch mit den Frauen dieses Landes.

(Beifall bei der SPD - Elfring (CDU): Das ist doch Kappes!)

Frau Vizepräsident Friebe: Das Wort hat jetzt Herr Abg. Nagel von der Fraktion der CDU.

Nagel (CDU): Verehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Um der Frauenpolitik der Landesregierung zusätzliches Gewicht zu geben, soll ein Parlamentarischer Staatssekretär berufen werden. So heißt es ganz lapidar in der Begründung des Gesetzentwurfs.

Zusätzliches Gewicht für die Frauenpolitik ist wirklich gut, Herr Rau. Nachdem Heinz Kühn mit der Berufung von Frau von Sell nach relativ kurzer Zeit Schiffbruch erlitten hat, haben die männlichen Frauenbeauftragten Herr Heinemann und Herr Farthmann auch nichts bewirkt, und nun soll ein weiterer Anlauf unternommen werden, wohl mehr, weil es Herr Rau im Wahlkampf versprochen hat, als weniger aus sachlichen Erwägungen.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Dazu kostet es auch noch viel Geld, wohlge- merkt: für die falsch angelegte Sache.

(Zuruf der Frau Abg. Rauterkus (SPD))

Dabei hätte der sonst so bibelfeste Ministerpräsident "Bruder Johannes" durch einen Blick ins Alte Testament erfahren können, daß dort steht: Ein teures Weib, wer wird es finden.

(Große Heiterkeit bei CDU und F.D.P. - Zuruf der Frau Abg. Rauterkus (SPD))

Die CDU, meine Damen und Herren, hat sich auf dem Essener Parteitag sehr grundsätzlich mit der Stellung der Frau in Beruf, Familie und Gesellschaft, in Staat und Kirche auseinandergesetzt und, was wichtig ist, inzwischen in der Bundesgesetzgebung schon ganz entscheidende Maßnahmen in praktische Politik umgesetzt,

(Frau Rauterkus (SPD): Gegen die Frauen!)

(C)

(D)

(Nagel (CDU))

- (A) die erstmals neue Maßstäbe mit wahrhaftig historischen Dimensionen in der Frauen- und Familienpolitik gesetzt haben.

(Zustimmung bei der CDU - Frau Rauterkus (SPD): Gegen die Frauen!)

Unsere Frauenbeauftragten sind Heiner Geißler, Rita Süßmuth, Dorothee Wilms, Norbert Blüm und wie sie alle heißen.

(Beifall bei der CDU - Lachen bei der SPD)

Unsere Frauenbeauftragten sind die 13 Kolleginnen in der CDU-Landtagsfraktion - 13 von 88. Fangen Sie einmal an, bei Ihnen zu zählen.

(Beifall bei der CDU)

Nein, Herr Ministerpräsident, die Verbesserung der Situation der Frauen in Familie, Beruf, Gesellschaft und Staat ist nicht durch ein paar Planstellen zu bewerkstelligen. Nur eine einzige Frau in Ihrem Kabinett - das ist der eigentliche Sündenfall des Johannes Rau,

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

und jetzt soll ein heilendes Pflasterchen draufgeklebt werden. Frauen in die vorhandenen politischen Ämter zu bringen - 10 Minister, noch mehr Staatssekretäre -, da hätte er sich in der Frauenpolitik durchsetzen müssen.

(B)

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Es gibt nur zwei Möglichkeiten: Entweder gibt es, Herr Rau, in der SPD keine geeigneten Frauen, oder es gibt sie - das ist die zweite Möglichkeit -, und Sie haben sich wieder einmal nicht durchsetzen können.

(Frau Rauterkus (SPD): Sie haben keine Ahnung!)

Jetzt wollen Sie, Herr Rau, nachdem Sie die Frauen bei den Bischofsernennungen nicht angemessen berücksichtigt haben, die SPD-Frauen auf der Ebene der Meßdiener zufriedenstellen.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Auch Ihre Frauen in der SPD wollen im Jahre 1985 aber nicht Meßdiener, sondern sie wollen Bischof werden und dort sitzen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Herr Ministerpräsident - oder ich sage besser: Herr Landesvorsitzender der SPD -, mit

dem Parlamentarischen Staatssekretär für Frauenfragen mögen Sie Ihr Verhältnis zur ASF in der SPD wieder in Ordnung gebracht haben, mit Frau Brandt sind Sie vielleicht wieder in eine neue Schieflage geraten; aber wie auch immer, dem drängenden Anliegen der Frauen haben Sie überhaupt nicht gedient. Letzter Satz: Ihre Frauenpolitik, Herr Ministerpräsident, ist gewogen und zu leicht befunden.

(C)

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Frau Vizepräsident Friebe: Das Wort hat Herr Ministerpräsident Rau.

Dr. Rau, Ministerpräsident: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

(Zurufe von der CDU: Frau Präsidentin!)

- Entschuldigung!

(Frau Philipp (CDU): Es geht schon los!)

- Ach, wissen Sie, ich habe eben gehört, daß wir zu einer Sitzung der Kunstsammlung eingeladen haben, und da stand wieder nur "Sehr geehrte Herren". Ich entschuldige mich; denn es waren auch zwei Damen da, und ich muß noch vieles hinzulernen.

(Zuruf von der CDU: Das bezweifelt niemand.)

(D)

Im Augenblick lerne ich, daß Sachfragen schwer zu diskutieren sind. Lesen Sie einmal nach, welche Argumente Sie jetzt gegeneinander gestellt haben. Einmal wird beklagt: "Zu wenige Stellen; nur die vorhandenen werden übernommen!", ein andermal wird gesagt: "Dann machen Sie es mit zusätzlichen Stellen!", und das in einer Rede und mit gleichem Beifall. Das geht alles auf die Person und ist offenbar auch so gemeint.

(Frau Philipp (CDU): Das ist nicht wahr!)

- Frau Philipp, ich komme noch zu dem, was Sie sagen. - Wenn ich mir das Bild, das Frau Witteler-Koch hier von mir gezeichnet hat, einmal überlege - es mag ja ein ganz richtiges Bild sein -, dann frage ich mich nur: Warum hat die F.D.P. eigentlich jahrelang mit mir regiert und das fortsetzen wollen, wenn sie wieder in den Landtag gekommen wäre?

(Wickel (F.D.P.): Wir lernen im Gegensatz zu Ihnen. Das ist der Unterschied.)

(Ministerpräsident Dr. Rau)

(A) - Ja, aber Sie müssen das Richtige lernen.

(Beifall bei der SPD)

Dabei müssen Sie lernen, daß die Politik, die wir hier betreiben und betrieben haben, bestätigt worden ist.

(Erneuter Beifall bei der SPD)

Dann können Sie nicht - ich komme gleich noch zu ein paar selbstkritischen Bemerkungen - auf der einen Seite mit dem Unterton des Befremdens bekanntgeben, daß wir männliche Frauenbeauftragte gehabt haben, nämlich Herrn Farthmann und Herrn Heinemann, und zehn Minuten später zu Ihren Frauenbeauftragten Heiner Geißler und Norbert Blüm rechnen. Das paßt alles nicht!

(Lachen und Zustimmung bei der SPD  
- Nagel (CDU): Nur sie haben Erfolg!)

Damit Ihnen das gefällt, lassen Sie natürlich Frau Donnepp ganz weg, die nach Barbara von Sell viele Jahre hier Frauenbeauftragte gewesen ist und unter deren Verantwortung - zum Teil noch mit der F.D.P. - wir durch ein Sonderprogramm die Mädchen in die technischen Berufe hineingebracht haben. Ich gebe Ihnen zu, Frau Witteler-Koch: Die sich daraus ergebende Konsequenz, nämlich nicht nur Ausbildung, sondern dann auch Beschäftigung für diese jungen Frauen in den technischen Berufen zu finden, die haben wir noch nicht geschafft, und zwar weder wir noch Sie noch die in anderen Ländern.

(B)

Darum sage ich: Hier ist ein unaufgearbeitetes Feld, und da bin ich gern bereit, mir Diskussionen anzuhören und an Diskussionen teilzunehmen, in denen die politischen Parteien in Wettstreit geraten, wer es denn am schnellsten und am besten und am effektivsten macht. Da werden dann die einen, nämlich die Sozialdemokraten, auf die Frauen verweisen, die in ihrer Partei und ihrer Bewegung das vorgebracht haben. Sie werden nach meiner Überzeugung aufgrund geistesgeschichtlicher Zusammenhänge auch sagen können, daß sie die ersten waren. Ich denke dabei an August Bebel, an die "Frau im Sozialismus" und das, was damit ausgelöst worden ist.

(Beifall bei der SPD - Aigner (SPD):  
Das Wahlrecht für Frauen.)

Aber damit ist doch nicht reduziert, was Frauen wie Elisabeth Lüder in der F.D.P. oder hier im Lande - und da denke ich nicht nur an Christine Teusch, sondern auch an andere Frauen - Frauen in diesen Jahrzehnten zustande gebracht haben, auch auf der Bundesebene.

Herr Kollege Nagel, Sie haben ein Bibelwort über das teure Weib, das nicht leicht zu finden sei, gebraucht. In diesen Sprüchen ist natürlich an die Ehefrau gedacht.

(C)

Da habe ich mich ja schwer getan, wie Sie wissen, was den Zeitablauf angeht.

(Heiterkeit - Zurufe von der CDU)

Nun habe ich das so lösen können, wie das in Sprüche 31 im letzten Drittel beschrieben ist. Lesen Sie das einmal nach, diese Stelle: das Lob des tugendhaften Weibes. Das ist manches zu lernen,

(Nagel (CDU): Tugendhaft ist lästig!)

obwohl ich hinzufüge: Diese überkommenen Frauenbilder, auch die des Alten Testaments,

(Nagel (CDU): Teils!)

machen es uns zum Teil schwer, in einen gemeinsamen Wettstreit über das veränderte Bild der Frau heute zu kommen.

(Zustimmung bei der SPD)

Dazu sage ich Ihnen - für mich -: Ich habe da viel gelernt, aber ich mußte auch noch viel lernen. Ich halte es überhaupt nicht für schlimm, wenn man das von sich selber sagt. Allerdings halte ich es für schlimm, wenn jemand in seiner Rede sagt, Polemik helfe uns gar nichts, und dann fünfzehn Minuten lang polemisiert, Frau Witteler-Koch; das halte ich für falsch.

(D)

(Zustimmung bei der SPD - Zurufe von der F.D.P.)

Bei all den Punkten, die hier angesprochen worden sind, da muß man sprechen, da muß man Kompetenzen zuordnen. Nach meiner Überzeugung wird es hier nicht an der Ressortkompetenz liegen.

(Schauerte (CDU): An der Qualität der Frau!)

- Auch an der Qualität der Frau; das gilt übrigens bei Männern auch, Herr Schauerte; lernen Sie es!

(Beifall bei der SPD)

Es kommt vielmehr darauf an, daß wir in oft harten Zwängen und großen Schwierigkeiten nicht nur den Anteil der Frauen in der Politik verstärken, sondern auch ihren spezifischen Beitrag annehmen. Das ist ein Lernprozeß, der für alle Parteien gilt, für meine Partei

(Ministerpräsident Dr. Rau)

- (A) auch. Dies ist übrigens ein manchmal schmerzhafter Lernprozeß, aber wir sind bereit, ihn einzugehen.

(Frau Robels (CDU): Ach Gott, mir kommen die Tränen!)

Deshalb rate ich: Lassen Sie die Mätzchen! Daß ein Beamter in der Fachhochschule in Gelsenkirchen offenbar Mist macht

(Frau Philipp (CDU): In Münster!)

- oder in Münster - und erklärt, er hätte kein Geld für Porto mehr, gehört denn das in den Landtag von Nordrhein-Westfalen?

(Frau Philipp (CDU): Aber man beschreibt damit die Finanzsituation!)

- Nein, das beschreibt überhaupt nicht die Finanzverfassung!

(Frau Philipp (CDU): Die Finanzsituation!)

- Frau Kollegin Philipp, vernünftiges Verwaltungshandeln ist in diesem Bundesland wie in jedem anderen möglich; nur müssen es vernünftige Leute sein, die solches tun.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

- (B) Sie haben die Kindergartenpolitik angesprochen - ich weiß aber nicht mehr, wer das Thema Kindergärten erwähnt hat.

(Zuruf von der CDU: Es war Frau Witteler-Koch!)

Wir haben den höchsten Anteil an Kindergartenplätzen von allen Bundesländern, nämlich 76 %. Wir sind das einzige Land mit flächendeckendem Angebot an Kindergartenplätzen.

(Frau Robels (CDU): Wir haben aber auch sehr viele Menschen in unserem Land!)

Wir haben den niedrigsten Elternbeitrag von allen Bundesländern. Ich bin froh darüber, daß Träger und Land und Eltern sich hier verständigt haben. Ich hätte mir gewünscht, der ursprüngliche Plan - Verzicht auf den Elternbeitrag - hätte sich realisieren lassen.

(Zurufe von der CDU)

- Aber wenn Sie dies reklamieren, dann müssen Sie doch wenigstens hinzufügen, daß wir dieses Gesetz vor einer Wahl und nicht

- (C) nach einer Wahl aufgehoben haben, damit die Bürger wußten, daß und warum wir diese Zusage nicht einhalten konnten.

(Zuruf von der CDU: Da haben Sie von Herrn Kohl gelernt! - Zuruf der Frau Abg. Robels (CDU))

Nun wird hier von Herrn Kollegen Nagel das Bild der Bischöfe und der Meßdiener benutzt.

(Zuruf des Abg. Eichhorn (SPD))

Herr Kollege Nagel, für Ihren Humor und für Ihren Witz sind Sie weit über die Parteigrenzen hinaus ein liebenswerter Kollege und als solcher bekannt. Nur, wer Parlamentarische Staatssekretäre und Bischöfe und Meßdiener und Minister und entsprechendes miteinander vergleicht, den frage ich: Warum haben Sie eigentlich in Bonn sechs zusätzliche Meßdiener eingestellt, als Helmut Kohl Kanzler wurde - sechs zusätzliche Staatssekretäre?

(Beifall bei der SPD)

Und dann frage ich Sie: Warum waren es eigentlich fast vierzig Jahre, in denen jeweils nur eine Frau dem Bundeskabinett angehörte - in der ganzen Zeit von Adenauer, von Erhard, von Kiesinger, von Brandt, von Schmidt, von Kohl?

(Zurufe von der CDU)

- (D) - Ja, immer nur eine Frau - bis vor drei Monaten Frau Süßmuth dazukam,

(Nagel (CDU): Nun, immerhin!)

eine Wuppertalerin.

(Nagel (CDU): Sie können das doch ändern! - Weitere Zurufe)

- Ja, meinen Sie denn, Kohl hätte es nicht ändern können, meinen Sie, Adenauer, Erhard und alle ändern hätten das nicht ändern können?

(Frau Robels (CDU): Zwei Jahre lang ...)

Ich habe sogar anderthalb Jahre lang gar keine Frau im Kabinett gehabt. Es gibt auch heute noch Landesregierungen, in denen keine Frauen sind.

(Zurufe von der CDU)

Aber ich gebe Ihnen doch zu - das habe ich eben gemeint, als ich von schmerzhaftem Lernprozeß sprach -, da habe ich einen

(Ministerpräsident Dr. Rau)

- (A)** Fehler gemacht, in diesen anderthalb Jahren. Das habe ich auch vor der Wahl gesagt. Und ich habe vor der Wahl erklärt: Ich werde das Amt einer Parlamentarischen Staatssekretärin schaffen.

Dann kommen Sie und fragen: Warum haben Sie das Gesetz denn nicht selber eingebracht?

(Zuruf von der CDU: Ja, warum nicht?)

- Wissen Sie denn wirklich nicht, daß nach der Verfassung für das Ministergesetz und für vergleichbare Gesetze der Innenminister zuständig ist?

(Zustimmung bei der SPD)

Deshalb war ich der Meinung: Dann muß der für das Ministergesetz zuständige Minister - -

(Schauerte (CDU): Das können Sie doch alles selber machen!)

- Ja, der Ministerpräsident kann alles an sich ziehen!

(Hardt (CDU): Grundsätzlich immer!)

- Selbstverständlich! - Aber ich halte es für einen Erweis der Dignität eines solchen Gesetzes, daß die Zuständigkeiten eingehalten werden.

(Beifall bei der SPD - Erneuter Zuruf des Abg. Hardt (CDU))

**(B)**

- Ich bin froh darüber, daß es in diesem Lande Nordrhein-Westfalen Oberbürgermeisterinnen gibt: in Wuppertal,

(Beifall bei der SPD)

in Mülheim,

(Beifall bei der SPD)

in Hamm. - Ich habe mit Neid gesehen, daß es im Kreis Mettmann viele Bürgermeisterinnen gibt, unter ihnen nur eine Sozialdemokratin. Deshalb bin ich stolz darauf, daß wir bei der Kommunalwahl nicht nur gleichgezogen, sondern überholt haben; darüber freue ich mich.

(Beifall bei der SPD)

Ich sehe noch ein Problem in der Nominierung von Frauen in Wahlkreisen. Das ist ein großes Problem in allen Parteien, wie Sie wissen. Aber ich füge hinzu: Wenn bei uns die Landesliste so weit hätte ziehen müssen, wie sie bei Ihnen ziehen mußte, weil Sie die gesamten Direktwahlkreise verloren haben, sähe es hier mit der Frauenbeteiligung auch anders aus.

(Beifall bei der SPD)

Für mich ist die Frage danach, wie viele Frauen in Ämtern sind, ein politisches Indiz.

**(C)**

Nachdem wir in den 12. Mai mit einem ganz männlichen Kabinett hineingegangen sind und nachdem wir jetzt sagen können: wir haben kein frauenloses Kabinett, wir haben zum erstenmal in der Geschichte des Landes eine Landtagsvizepräsidentin,

(Beifall bei der SPD)

und wir bekommen jetzt eine Parlamentarische Staatssekretärin - ist das meines Erachtens ein erster Schritt, dem natürlich weitere folgen müssen. Aber es geht nicht nur um die Frage, wie viele Frauen wo sind, sondern ob unsere Wirtschaft, ob unsere Arbeitsmarktpolitik, ob unsere Sicherheits- und Friedenspolitik, ob das, was wir den Bürgern an Politik anbieten, der Mehrheit der Frauen entgegenkommt, sie überzeugt, sie gewinnen kann. Es ist die entscheidende Frage nach der Politik.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich noch eine Bemerkung machen, die auch mit dem zusammenhängt, was gestern hier diskutiert worden ist. Sie reklamieren eine Entscheidung für eine Staatssekretärin im Ministerium für Bundesangelegenheiten. Es gibt ähnliche Entscheidungen in anderen Bundesländern, die politisch anders strukturiert sind als Nordrhein-Westfalen. Ich habe diese Entscheidung in Übereinstimmung mit dem Kabinett getroffen; das ganze Kabinett trägt diese Entscheidung. Wir halten das im Interesse des Landes Nordrhein-Westfalen, seiner Bürger und seiner Vertretung gegenüber dem Bund und den anderen Bundesländern für richtig. Wir verantworten das vor dem Wähler. Aber weder diese noch irgendeine andere Stelle - das sage ich zu dem jetzt nicht anwesenden Kollegen Dorn, den ich seit Jahrzehnten kenne - wird für parteipolitische Zwecke mißbraucht. Das sind Aufgaben, die nach der Verfassung wahrzunehmen sind. Der Landesrechnungshof kann das prüfen, das Parlament kann das prüfen, und ich lege dafür Rechenschaft ab vor jedermann!

**(D)**

(Beifall bei der SPD)

Aber lassen Sie es sein, darüber öffentliche Polemiken zu führen - und kurz vorher oder kurz nachher gratulieren Sie dann der Staatssekretärin und sagen: Ist nicht so gemeint! Das gefällt mir nicht.

(Beifall bei der SPD)



(Ministerpräsident Dr. Rau)

- (A) Es gefällt mir auch nicht, wenn wir zusätzliche Stellen für die Staatskanzlei für richtig halten und sie vorschlagen, daß dann dazu parteipolitische Polemik gemacht wird

(Doppmeier (CDU): Wieso?)

- Moment, lassen Sie mich das doch zu Ende führen! - und wenn dann gleichzeitig wichtige Kollegen kommen, mir Angebote machen und mich bitten, ich möchte den oder den auf die oder jene von diesen Stellen setzen. Das gefällt mir nicht!

Wir werden verantworten, was wir tun, und was wir tun, tun wir die Bürger dieses Landes. Wir tun das in der Tat als Sozialdemokraten, so wie Sie es als Christdemokraten oder als Freie Demokraten tun. Wir sollten aus der Tatsache, daß jemand parteipolitische Bindungen hat, nicht gegenseitig Vorwürfe ableiten; denn wir leben davon, daß die politischen Parteien ihre Glaubwürdigkeit behalten.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage noch einmal: Bei der Frage nach den Frauen geht es nicht nur um Positionen, sondern es geht um die Frage, ob es uns gelingt, in einer Zeit von mancherlei Bedrohungen zu ganzheitlichem Denken zu kommen, wegzukommen von einer Welt, die sich ganz männlich versteht, in der wir einander nicht ergänzen, sondern einander bekriegen und verdrängen. Aber das geht nicht ohne Konflikte; das geht nicht ohne Konflikte mit den Frauen, wenn es um Mandate geht. Viele von Ihnen haben da leidvolle Erfahrungen. Das geht aber auch in den übrigen Bereichen unserer Gesellschaft nicht ohne solche Konflikte.

(B)

Darum ist für mich die Staatssekretärin nicht irgendeine Harmonisierungsinstanz, sondern sie soll Erfolg haben bei dem Bemühen, das Bewußtsein der gesamten Gesellschaft zu verändern.

(Beifall bei der SPD)

Und wenn Sie aus der Sicht der Opposition darauf hinweisen, daß das bei den Sozialdemokraten noch nicht genug gelungen ist, dann sage ich: Um so dringlicher ist es, daß hier jetzt etwas geschieht.

(Zustimmung bei der SPD)

Aber verdecken Sie nicht, was bereits geschehen ist und was bereits geleistet worden ist. Da ist vieles geschehen, und da ist vieles geleistet worden. Ich habe das als Wissen-

schaftsminister angefangen. Ich bin stolz darauf, daß in einem Lande, in dem es vor dem Ersten Weltkrieg im Ruhrgebiet überhaupt keine Hochschulen gab, in der Hochschulpolitik, in der Frauenforschung, in der Bildungspolitik die Frauen so viele Möglichkeiten bekommen haben. Es reicht immer noch nicht im Lehrkörper. Es ist immer noch "der Professor" als der eigentlich Lehrende im Bild der öffentlichen Meinung. Wir sollten nicht erst seit Madame Curie wissen, daß naturwissenschaftliche Begabungen nicht geschlechtsspezifisch verteilt sind.

(C)

(Zustimmung bei der SPD)

Aber wenn wir miteinander diesen Weg gehen - auch dann im Streit um die richtige Frauenpolitik -, dann wäre das meiner Meinung nach gut für unser Land. Und das, was für unser Land gut ist, sollten wir miteinander tragen, unabhängig davon, ob wir gegenwärtig Regierungsfunktionen oder Oppositionsfunktionen wahrnehmen. - Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Frau Vizepräsident Friebe: Ich danke dem Herrn Ministerpräsidenten. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Meine Damen und Herren! Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Gesetzentwurfs an den Hauptausschuß. Wer dieser Empfehlung folgt, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön! Gibt es Gegenstimmen? - F.D.P.! Enthaltungen? - Keine! Dann ist gegen die Stimmen der F.D.P.-Fraktion die Überweisung an den Hauptausschuß beschlossen.

(D)

Meine Damen und Herren, ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

Drittes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 10/232

Beschlußeempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung  
Drucksache 10/436  
zweite Lesung

Ich weise darauf hin, daß sich die Fraktionen hier verständigt haben, keine Debatte zu führen.